

Germany-Berlin: Business and management consultancy and related services

OJ S 97/2018 24/05/2018

Contract notice**Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVi)

Postal address: Invalidenstr. 44

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10115

Country: Germany

Contact person: Vergabestelle: Forschungszentrum Jülich GmbH, Projektträger Jülich

E-mail: a.jann@fz-juelich.de

Fax: +49 30201993334

Internet address(es):Main address: <http://www.bmvi.de>**I.3. Communication**The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E67223146>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Strombasierte Kraftstoffe für Brennstoffzellen in der Binnenschifffahrt

II.1.2. Main CPV code

79400000 Business and management consultancy and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Im Rahmen des Dienstleistungsauftrags sind die technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Einsatz von strombasierten Kraftstoffen für Brennstoffzellen in der Binnenschifffahrt

darzustellen. Dafür sind die Erzeugungs-, Transport-, Lager und Umwandlungsketten für verschiedene Kraftstoffe zu untersuchen. Der Gesamtauftrag besteht aus 4 Themengebieten (T1 bis T4) mit jeweils zugehörigen Arbeitspaketen (AP 1 bis AP10): T1: Klima- und Umweltschutz in der Binnenschifffahrt, T2: Branchen- und Marktanalyse, T3: Technisch-wirtschaftlicher Vergleich strombasierter Kraftstoffe durch Brennstoffzellen in der Binnenschifffahrt, T4: Wissensmanagement.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

42113390 Fuel-gas systems, 34500000 Ships and boats, 63720000 Support services for water transport, 31122100 Fuel cells, 24111600 Hydrogen

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE300 Berlin

Main site or place of performance: Standort des Auftraggebers, des Auftragnehmers und weitere Orte in Deutschland.

II.2.4. Description of the procurement

Im Rahmen des Dienstleistungsauftrags sind die technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Einsatz von strombasierten Kraftstoffen für Brennstoffzellen in der Binnenschifffahrt darzustellen. Dafür sind die Erzeugungs-, Transport-, Lager und Umwandlungsketten für verschiedene Kraftstoffe zu untersuchen.

Der Gesamtauftrag besteht aus 4 Themengebieten (T1 bis T4) mit jeweils zugehörigen Arbeitspaketen (AP 1 bis AP10):

T1: Klima- und Umweltschutz in der Binnenschifffahrt AP1: Energiebedarf und Emissionen in der Binnenschifffahrt AP2: Klima- und Umweltschutzstrategie auf den Ebenen Bund, Länder und Kommunen AP3: Aktuelle Fördermöglichkeiten T2: Branchen- und Marktanalyse AP4: Systematik der Anwendungsfälle in Berufsschifffahrt, Behördenschiffen, Tourismus, Freizeit und ÖPNV AP5: Marktpotentialanalyse T3: Technisch-wirtschaftlicher Vergleich strombasierter Kraftstoffe durch Brennstoffzellen in der Binnenschifffahrt AP6: Erzeugung AP7: Transport AP8: Bunkern AP9: Energiewandlung mit Brennstoffzelle T4: Wissensmanagement AP10: Darstellung der Ergebnisse und Erstellen eines Leitfadens Darüber hinaus umfasst der Auftrag Auftakt- und Arbeits- und Projekttreffen, Stakeholder-Workshops, eine Fachveranstaltung und umfasst Aufgaben in Bezug auf das Berichtswesen. Die Workshops und deren nachfolgende Treffen werden nach Bedarf einzeln beauftragt (Option).

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 9

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der AG behält sich vor, die in der Leistungsbeschreibung unter Punkt V.1. beschriebene optionale Leistung „ein Stakeholder-Workshop“, bei Bedarf bis zu drei Mal zu einem späteren Zeitpunkt zu beauftragen.

Der AG behält sich vor, die in der Leistungsbeschreibung unter Punkt V.1. beschriebene optionale Leistung „ein Projekttreffen“, bei Bedarf bis zu drei Mal zu einem späteren Zeitpunkt zu beauftragen.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Alle weiteren Informationen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

— Beschreibung des Anbieters (Organisationsform, Profil, Kompetenzschwerpunkte, vollständige Anschrift, Bankverbindung: IBAN und BIC, Kontaktperson mit Telefon-, Faxnummer und E-Mail) und der Partner (Organisationsform, Profil, Kompetenzschwerpunkte, vollständige Anschrift).

— Im Falle des Einsatzes eines Nachunternehmers zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde zur Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums (Einsatz eines notwendigen Unterauftragnehmers) ist eine Eigenerklärung über die Zusammenarbeit mit dem notwendigen Unterauftragnehmer im Falle eines Zuschlags mit dem Angebot vorzulegen. In dieser Erklärung ist der notwendige Unterauftragnehmer zu benennen und es ist eine mit Originalunterschrift versehene Verpflichtungserklärung des notwendigen Unterauftragnehmers vorzulegen, dass dem Bieter im Falle eines Zuschlags die erforderlichen Mittel/Ressourcen des Unterauftragnehmers bei der Erfüllung des Vertrages zur Verfügung stehen. In dieser Erklärung sind der Inhalt der Unterauftragnehmerleistung und der Preis für diese Leistung anzugeben. (Hierzu sind die Formblätter „Erklärung zur Zusammenarbeit mit einem notwendigen Unterauftragnehmer“ und „Verpflichtungserklärung des notwendigen Unterauftragnehmers“ zu nutzen).

— Im Falle von Bietergemeinschaften sind im Angebot der Name der Bietergemeinschaft, die Mitglieder der Bietergemeinschaft und das geschäfts- und federführende Bietergemeinschaftsmitglied zu benennen. Mit dem Angebot ist außerdem eine von allen Bietergemeinschaftsmitgliedern im Original unterschriebene Erklärung abzugeben, dass im Falle der Auftragserteilung ein Konsortialvertrag geschlossen wird, dass jedes Bietergemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet, dass das geschäfts- und federführende Bietergemeinschaftsmitglied als bevollmächtigter Vertreter die aufgeführten Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber der Vergabestelle vertritt und insbesondere berechtigt ist, das Angebot abzugeben, den Vertrag abzuschließen sowie mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkung Zahlungen

anzunehmen. Es sind außerdem nachvollziehbare Aussagen zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft zu treffen. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften ist zu erklären, dass keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Abreden getroffen wurden und darzulegen, dass die Zusammenarbeit kartellrechtlich zulässig ist. Das kann z.B. durch Angabe der Gründe erfolgen, die zu der Kooperation geführt haben. (Hierzu ist das Formblatt „Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft“ zu nutzen).

— Erklärung mit Originalunterschrift, dass beim Bieter/Konsortialpartner/notwendigen Unterauftragnehmer sämtliche Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht gegeben sind (hierzu ist das Formblatt „Bietererklärung nach § 123 GWB“ zu nutzen).

— Erklärung mit Originalunterschrift, dass beim Bieter/Konsortialpartner/notwendigen Unterauftragnehmer sämtliche Ausschlussgründe des § 124 GWB nicht gegeben sind (hierzu ist das Formblatt „Bietererklärung nach § 124 GWB“ zu nutzen).

— Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz-MiLoG) (hierzu ist das Formblatt „Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz-MiLoG)“ zu nutzen).

Hinweis: Gemäß § 19 Abs. 4 MiLoG fordert der öffentliche Auftraggeber nach § 19 Abs. 2 MiLoG bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 EUR für die Bewerberin oder den Bewerber, die oder der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO) an.

Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Die Nichtvorlage der geforderten bzw. nachgeforderten Unterlagen führt gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zum Ausschluss des Angebotes.

Beachten Sie die weiterführenden Anforderungen der Bewerbungsbedingungen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters/Konsortialpartners/notwendigen Unterauftragnehmers bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre, getrennt nach Jahren.

Sofern aus einem berechtigten Grund keine entsprechenden Angaben verfügbar sind, so kann die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch andere geeignete Unterlagen (z.B. Auszug aus dem Businessplan mit Umsatzprognose, erwartete oder vorläufige Umsatzzahl) belegt werden.

Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Die Nichtvorlage der geforderten bzw. nachgeforderten Unterlagen führt gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zum Ausschluss des Angebotes.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

— Liste mit Darstellung der mit diesem Auftrag vergleichbaren Aufträgen, Projekte, Studien oder deren Veröffentlichungen des Bieters/Konsortialpartners/notwendigen Unterauftragnehmers (bezogen auf das Unternehmen bzw. die Einrichtung):

Aussagekräftige Darstellung von Referenzen, die mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbar sind und nicht älter als 3 Jahre sind. Als geeignete Referenzen gelten vom Bieter /Konsortialpartner/notwendigen Unterauftragnehmer durchgeführte Arbeiten.

— Nachweise zur Qualifikation des Projektteams und des Projektleiters:

O abschließende Benennung aller vorgesehenen Mitglieder des Kernteams und des Projektleiters mit Angabe, wer welche Leistung erbringt O Angabe der jeweiligen Qualifikationen (Angaben zum beruflichen Werdegang und Abschluss, Erfahrungen wie z.B. entsprechende Vorarbeiten und Veröffentlichungen) Insgesamt müssen entweder durch die

Referenzen des Bieters oder die Qualifikation des Projektteams folgende Voraussetzungen /Eignungskriterien erfüllt sein, damit die Referenzen als vergleichbar angesehen werden und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (berufliche Erfahrung) insgesamt erfüllt ist:

- 1) Kenntnisse und Erfahrungen in der Forschung oder Entwicklung oder Innovation im Themenbereich der Brennstoffzellensysteme
- 2) Kenntnisse und Erfahrungen in der Forschung oder Entwicklung oder Innovation im Themenbereich der strombasierte Kraftstoffe;
- 3) Kenntnisse und Erfahrungen in der Beratung und/oder Erstellung von gutachterlichen Stellungnahmen schiffsbaulicher Fragestellungen, nachzuweisen z. B. durch die Vorlage eines Abschlusszeugnisses als Schiffsbauingenieur (Kopie) oder Darstellung einer vergleichbaren Qualifikation (z. B. einschlägige mehrjährige Berufserfahrung im Schiffsbau);
- 4) Kenntnisse und Erfahrungen der maritimen Wirtschaft mit dem Bezug zu: Schiffsklassifikation, Schiffstypen, Schiffsrouten;
- 5) Kenntnisse und Erfahrungen in der Logistik und Infrastruktur für Brennstoffe in der Binnenschifffahrt;
- 6) Kenntnisse und Erfahrungen von alternativen Antriebskonzepten;
- 7) Kenntnisse und Erfahrungen bei Untersuchungen zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen im Bereich Umwelt oder Klimaschutz;
- 8) Kenntnisse und Erfahrungen in der Politikberatung durch Erstellung von Studien oder Gutachten mit beratendem Charakter;
- 9) Kenntnisse und Erfahrungen in der deutschen Förderpolitik;
- 10) Kenntnisse und Erfahrung mit der Erstellung, Analyse und Bewertung von betriebswirtschaftlichen Prognosen und wirtschaftlichen Rahmenszenarien
- 11) Kompetenzen des Projektleiters im Projektmanagement und der Leitung interdisziplinärer Teams

Es sind zu den Punkten 1. und 2. jeweils mindestens 1 Referenz im Rahmen der Darstellung der Referenzaufträge des Bieters auf je max. 2 DIN A4-Seiten aussagekräftig zu beschreiben (z.B. Projekte, Studien usw.). Es sind zu den Punkten 3. bis 11. jeweils mindestens 1 Referenz (entweder im Rahmen der Darstellung der Referenzaufträge des Bieters oder im Rahmen der Qualifikation des Projektteams und des Projektleiters) auf je max. 2 DIN A4-Seiten aussagekräftig zu beschreiben. Die Referenzen sind den einzelnen Eignungskriterien zuzuordnen. Bei der Beschreibung der Referenzen sind folgende Angaben erforderlich (eine einfache Auflistung der Referenzen ist nicht ausreichend):

- Projektbezeichnung,
- Projektlaufzeit o Projekthalt/erbrachte Leistungen innerhalb des Projektes,
- Ausführungen zur Geeignetheit der Referenz/Vergleichbarkeit mit dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand (ggf. Bezug zum Arbeitspaket/Arbeitsschritt).

Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Die Nichtvorlage der geforderten bzw. nachgeforderten Unterlagen führt gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zum Ausschluss des Angebotes.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Der Vertrag wird auf Basis des beigefügten Muster Vertragsentwurf geschlossen. Bitte beachten Sie zu § 3 „Vergütung“, dass der Zahlungsplan hinsichtlich der Höhe der einzelnen Raten unter Berücksichtigung der Haushaltslage nach Zuschlagserteilung durch den Auftraggeber in Abstimmung mit dem Auftragnehmer festgelegt wird. Zu den Vertragsbestandteilen zählen insbesondere die Leistungsbeschreibung, die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sowie Auszüge aus „Hinweise für Zahlungsempfänger“. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag

vergeben wird: Bietergemeinschaften müssen eine gesamtschuldnerische Haftungserklärung abgeben (siehe Vergabeunterlagen). Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Die Bedingungen sind in den Vergabeunterlagen festgelegt.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 28/06/2018 Local time: 11:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 30/09/2018

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 28/06/2018 Local time: 11:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Mit der Abgabe seines Angebotes unterliegt der Bieter auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV.

Weitere Bedingungen insbesondere Vorgaben zur Einreichung von Angeboten, sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. Die kompletten Vergabeunterlagen werden unter der Plattform „subreport“ unter <http://www.subreport.de> unter Angabe der ELVIS-ID-Nr. E67223146 (<http://www.subreport.de/E67223146>) kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Vergabestelle wird allen bekannten Interessenten die Auskünfte schnellstmöglich, spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Plattform „subreport“ (<http://www.subreport.de/E67223146>) erteilen. Nach diesem Termin ist die Möglichkeit der Auskunftserteilung nicht mehr gegeben. Daher bitten wir darum, die Nachfragen spätestens bis zum 19.6.2018 zu stellen.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

Telephone: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Internet address: <http://www.bundekartellamt.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Solange ein wirksamer Zuschlag (Vertragsschluss) noch nicht erteilt ist, kann als Rechtsbehelf ein Nachprüfungsantrag bei der unter VI. 4.1 genannten Stelle gestellt werden. Informationen hierzu können §§160, 161 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) entnommen werden.

Bieter müssen Vergaberechtsverstöße gegenüber der Kontaktstelle des Auftraggebers innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle (Vergabestelle) gerügt haben, bevor sie einen Nachprüfungsantrag stellen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung bzw. erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber (o.g. Kontaktstelle) zu rügen.

Der Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt gemäß § 160 Abs. 3 Satz 2 GWB nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des öffentlichen Auftrag nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

Ein Nachprüfungsantrag auf Feststellung der Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB ist nach § 135 Abs.2 GWB innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Bieter deren Angebote nicht berücksichtigt werden, werden grundsätzlich vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB informiert.

VI.5. Date of dispatch of this notice

22/05/2018